

Bauernbund Geschäftsbericht 2013

Liebe Berufskollegen,

wenn man ein schlechtes Ergebnis verkaufen will, sollte man vielleicht vorneweg ein paar positive Nachrichten verbreiten. Also: Nachdem der Bauernbund vor drei Jahren als erste Organisation in Brandenburg gefordert hat, den Biber zu jagen, hat der Landtag letztes Jahr die Landesregierung aufgefordert, eine Verordnung zu erarbeiten mit dem Ziel, ich zitiere: "die Landkreise zu ermächtigen, per Allgemeinverfügung besonders gefährdete Gebiete festzulegen, in denen zur Schadensabwehr Maßnahmen gegen den Biber ohne einzelne artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen möglich sind. Die Beseitigung nicht besetzter Biberburger, der Fang, das Nachstellen und als letzte Möglichkeit die Tötung von Einzeltieren sollen ermöglicht werden." Zitat Ende. Die Verordnung gibt es noch nicht, aber an diesem Beschluss kommt das Landesumweltamt nicht vorbei, immerhin. Und noch eine gute Nachricht: Ihr erinnert Euch daran, dass das Umweltministerium geplant hat, die Kosten für die Zwangssanierung von BHV1 und BVD auf die Tierhalter abzuwälzen. Wir haben daraufhin eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, in der wir zum einen den ökonomischen Sinn dieser Sanierungen grundsätzlich in Frage gestellt haben, zum anderen unser Verständnis für eine solche fiskalische Notwendigkeit für den Fall in Aussicht gestellt haben, dass die Landesregierung die absehbare BHV1- und BVD-Freiheit Brandenburgs zum Anlass nimmt, die Untersuchungen einzustellen. Das wird natürlich nicht passieren, genauso wie wir vermutlich auch in hundert Jahren noch schwachsinnige BSE-Tests machen werden, aber immerhin: von einer Kostenbeteiligung der Tierhalter ist in dem aktuellen Gesetzentwurf nicht mehr die Rede, immerhin.

Aber, so ehrlich wollen wir gegenüber uns selber sein, diese guten Nachrichten sind es nicht, die unser Jahr 2013 geprägt haben. Im Mittelpunkt unserer Aktivitäten stand natürlich weiterhin das Ringen um die EU-Agrarpolitik 2014-20, und hier müssen wir ganz nüchtern feststellen: Wir wollten die Kappung durchsetzen und das Greening verhindern. Jetzt ist die Kappung gescheitert, aber das Greening haben wir bekommen. Man kann sich nun trösten, die Förderung der ersten Hektare wäre doch ein gutes Signal für die kleinen Betriebe und das meiste am Greening wäre für unsere Betriebe doch ohnehin unproblematisch. Fakt ist aber, wir haben in Ostdeutschland eine Konzernlandwirtschaft nach amerikanischer Art, die sich wie ein Krebsgeschwür immer weiter ausbreitet und in ihrer ganzen Ausrichtung so widerlich ist, dass uns die alten Agrargenossenschaften plötzlich sympathisch werden, und das will schon was heißen. Die Chance, diese für den ländlichen Raum Ostdeutschlands katastrophale Entwicklung zumindest zu bremsen, wurde vertan, im Gegenteil die großen Holdings der Kapitalinvestoren bleiben durchsubventioniert bis zum letzten Hektar – dafür hat der Bauernverband gekämpft und das hat er durchgesetzt, herzlichen Glückwunsch. Und statt Strukturen zu fördern, die von sich aus eher nachhaltig wirtschaften, soll eine nachhaltige Landwirtschaft jetzt auf dem Verordnungswege erzwungen werden, mit dem Greening bekommen wir noch mehr kleinkarierte Umweltauflagen, noch mehr Bevormundung, noch mehr Kontrollen, als könnte man einen grünen Beruf vom grünen Tisch aus regieren.

Dass wir auch im letzten Jahr, in dem sich unsere Niederlage schon abzeichnete, gekämpft haben, mögen die Medienberichte bezeugen: ZDF, Tagesspiegel, ZEIT, Stern, Frankfurter Rundschau, Märkische Allgemeine, Potsdamer Neueste Nachrichten, Lausitzer Rundschau, taz. Dass es nichts genützt hat, ist trotzdem wahr. Und trotzdem nagt es, an mir jedenfalls, dieses Gefühl der Ohnmacht angesichts der Macht des Bauernverbandes, diese Enttäuschung, dass unser Be-

rufsstand so einen schlechten Stand hat in Deutschland und wir nichts tun können ...

Gleichwohl, wir wären nicht wir, wenn wir nicht nach vorne schauen würden. Unsere Betriebe gehen davon nicht unter, wir werden uns auch auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen, die im Detail ja erst noch erarbeitet werden müssen. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel – ich weiß von einem unserer Mitglieder, der, umgeben von Kapitalinvestoren, seinen Betrieb von ursprünglich 30 ha auf inzwischen mehr als das dreifache vergrößert hat. Die Leute im Dorf hatten offenbar genug von diesen Strolchen, die nichts anderes können als Mais nach Mais für Biogas anbauen und wollten offenbar ihm die Flächen geben. Und auch wenn uns mit den Subventionen das deutlich wirksamste Instrument aus der Hand genommen wurde, den Ausverkauf zu bremsen, gibt es doch verschiedene andere, politische Möglichkeiten, den Kapitalinvestoren in die Suppe zu spucken und das wollen wir auch tun.

Jetzt komme ich zum Grundstücksverkehrsgesetz, wo CDU und Grüne in Brandenburg im vergangenen Jahr eine schließlich mit großer Mehrheit vom Landtag beschlossene Arbeitsgruppe Bodenmarkt durchgesetzt haben mit dem Ziel, ortsansässige Landwirte zu stärken. Diese Arbeitsgruppe, die inzwischen zweimal getagt hat, hat inzwischen noch zusätzliche Unterstützung bekommen, durch die ebenfalls mit großer Mehrheit beschlossenen Forderungen der Enquete-Kommission Nachwendezeit zur Landwirtschaft, in denen es unter anderem heißt, ich zitiere: "Neufassung des Grundstücksverkehrsrechts auf Landesebene mit dem Ziel, die Position der ortsansässigen Landwirte gegenüber nicht landwirtschaftlichen und überregionalen Investoren zu stärken und dafür den Erwerb von Boden so weit wie möglich auf ortsansässige Landwirte und Unternehmen im Eigentum ortsansässiger Landwirte zu beschränken." Zitat Ende. Das haben wir auch von Anfang an klar gemacht. Es geht uns bei dieser Initiative nicht nur

darum, nach Ausübung des Vorkaufsrechts den Verteilungsmodus transparenter bzw. gerechter zu gestalten – wenn die Neufassung Sinn haben soll, dann muss diese schon beim Zugriff auf die Flächen ansetzen und es Unternehmen wie KTG, Odega usw. unmöglich machen, Flächen in Brandenburg zu erwerben. Ob wir uns damit durchsetzen können, wage ich nicht vorauszusagen. Zur Zeit wird gerade geprüft, inwiefern Ortsansässigkeit als Kriterium Europa- und verfassungsrechtlich funktioniert. Ich frage mich, was es da zu prüfen gibt. "Wenn es die letzten fünfzig Jahre unbedenklich war, eine Berufsgruppe aufgrund der positiven Wirkung einer "gesunden Bodenverteilung" beim Grunderwerb zu privilegieren, d. h. alle anderen Berufsgruppen zu diskriminieren, dann ist es angesichts tiefgreifender struktureller Umbrüche in dieser Branche mit negativer Wirkung nicht nur sinnvoll, sondern geradezu geboten, die Privilegierung einzuschränken, indem diejenigen Eigenschaften der Berufsgruppe definiert und begründet werden, die vor fünfzig Jahren selbstverständlich waren, heute aber unter veränderten Bedingungen explizit erfüllt sein müssen, um beim Grunderwerb eine positive Wirkung zu erzielen. Die Ortsansässigkeit des Landwirts ist hier die maßgebliche und zudem einzige über tagespolitische Bewertungen hinaus rechtssicher definierbare und begründbare Eigenschaft." So unsere Begründung, die uns die Juristen der Landesregierung möglicherweise auseinandernehmen werden. Deshalb haben wir mal über den Tellerrand hinaus geschaut wie das Grundstücksverkehrsrecht im österreichischen Bundesland Vorarlberg aussieht, ich zitiere: "Ein Grunderwerb darf nur genehmigt werden, wenn er dem allgemeinen Interesse an der Erhaltung eines leistungsfähigen Bauernstandes entspricht und der Erwerber das Grundstück im Rahmen eines landwirtschaftlichen Betriebes selbst bewirtschaftet und im Betrieb auch seinen ständigen Wohnsitz hat oder, soweit solches nicht in Frage kommt, er der Erhaltung und Schaffung eines wirtschaftlich gesunden mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Grundbesitzes nicht widerspricht." Das ist nicht Brandenburg, nein – das hört sich ganz und gar nicht an nach Brandenburg an, aber soviel steht fest: Vorarlberg

liegt auch in Europa, und ich bin höchst gespannt, mit welchen Argumenten die Landesregierung unseren guten Vorschlag ablehnen will oder auch nicht. Der Bauernverband verhält sich merkwürdig still in dieser Diskussion, der Kreisvorsitzende des Bauernverbandes Barnim, der auch im Gremium sitzt, unterstützt unsere Position sogar.

Ich sprach von verschiedenen anderen Möglichkeiten, bäuerliche Betriebe gegen Kapitalinvestoren zu stärken, das Grundstücksverkehrsrecht ist gerade heiß, kurz vor dem Wahlkampf, darauf konzentrieren wir uns jetzt, aber wir haben auch noch einige andere Ideen, auf die ich heute nicht eingehen will, das betrifft ja erst das nächste Geschäftsjahr. Zwei weitere Schwerpunkte unserer Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr waren der Widerstand gegen die nasse Enteignung und gegen neue Braunkohle-Tagebaue.

Jeder von uns weiß inzwischen, was mit nasse Enteignung gemeint ist: Selbst wenn man die Gewässerunterhaltungsverbände mit viel Engagement soweit hätte, dass sie die Gewässer 2. Ordnung effizient räumen, und selbst wenn man, auf welche Weise auch immer, den Biber soweit hätte, dass er keine Probleme mehr bereitet – ich spreche in beiden Fällen im Konjunktiv – selbst unter optimalen Verhältnissen also stauen die Gewässer 1. Ordnung bei Starkniederschlägen immer wieder zurück und setzen Niederungsgebiete unter Wasser. Die mangelnde Unterhaltung der Gewässer 1. Ordnung in Brandenburg hat Ausmaße angenommen, die nicht mehr zu entschuldigen sind. Hier bilden das Sparinteresse des Finanzministers und der Wunsch des Umweltministeriums, in den Niederungen Großschutzgebiete ausweisen zu können, eine unheiligen Allianz – zu Lasten der Landwirtschaft, und alle tun so, als sei das ganz normal. Starkniederschläge sind halt Schicksal, Klimawandel, als hätte es das nicht schon immer gegeben und als wäre es nicht die gesetzliche Pflicht des Staates, für geregelte Abflussverhältnisse zu sorgen. Ganz besonders schlimm war es vor zwei Jahren

im Oderbruch – hier trifft die nasse Enteignung auf beste Ackerböden mit entsprechend hohem Schaden – und genau hier wollen wir deshalb ein Exempel statuieren. Der Bauernbund hat ja ein bisschen was in der Kriegskasse, und bevor es die Griechen kriegen, haben wir im vergangenen Jahr einen Verwaltungsrechtler beauftragt, den wir aus dem CCS-Widerstand kannten, für uns eine Strategie auszuarbeiten. In der Folge haben im Dezember kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist fünf Betriebe von uns beim Landesumweltamt einen Schaden von zusammen rund 300.000 Euro geltend gemacht. Im Januar hat die CDU-Fraktion im Landtag eine kleine Anfrage gestellt, deren zentrale Frage lautet, ich zitiere: "Aus welchen Gründen sind die Gewässer 1. und 2. Ordnung im Oderbruch – soweit es sich nicht um offensichtlich künstliche Gewässer handelt – im Bewirtschaftungsplan der Flussgebietseinheit Oder überwiegend als natürliche und nicht als erheblich veränderte Gewässer ausgewiesen?." Zitat Ende. Jedes Kind lernt in der Schule, dass das Oderbruch unter Friedrich dem Großen künstlich entwässert wurde, aber für das Landesumweltamt ist der zentrale Vorfluter im Oderbruch, die Wriezener Alte Oder, ein natürliches Gewässer und wird als solches seit Jahrzehnten nicht mehr unterhalten. Genau darauf zielt das dritte Element unserer Strategie, eine Feststellungsklage gegen das Landesumweltamt, die wir zur Zeit vorbereiten. Wir wollen am Beispiel eines Betriebes aufzeigen, wie das Landesumweltamt gezwungen werden kann, seiner Unterhaltungspflicht nachzukommen, mit Signalwirkung für ganz Brandenburg. Hierfür steht Geld bereit, hierfür brauchen wir natürlich auch noch Geld und werden auf Euch zukommen – um das Prozessrisiko in voller Höhe abzudecken – aber wir sind guten Mutes, dass wir demnächst den entscheidenden Schritt tun können.

Genauso wie wir im Oderbruch nur ein Exempel statuieren, ist unser Einsatz für die vom Braunkohle-Tagebau bedrohten Dörfer Proschim, Atterwasch, Grabko und Kerkwitz natürlich nicht allein unseren Mitgliedern geschuldet, die dort Haus und Hof verlieren sollen, sondern wir bekennen uns damit als Bauern zur

Energiewende, und wir setzen ein Zeichen gegen die Verwüstung von Landschaft, gegen die Vernichtung von landwirtschaftlicher Nutzfläche in Größenordnungen, die die Landesregierung offenbar noch viele Jahrzehnte fortsetzen will. Unser Dorffest für Heimat und Zukunft in Atterwasch am Reformationstag war wieder gut besucht und hatte eine große Medienresonanz. Außerdem haben wir eine Stellungnahme beim Erörterungstermin zum Braunkohleverfahren Welzow-Süd II abgegeben, ich zitiere aus meinem Redebeitrag: "Auf einem Hektar dreschen wir etwa 50 Dezitonnen Roggen, das mal 20 Euro macht einen Erlös von ungefähr 1000 Euro pro Hektar. Nach dem Planentwurf sollen rund 1000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche abgebaggert werden, macht 1 Million Euro pro Jahr. Und jetzt können Sie sich aussuchen, wie lange es braucht, bis auf den unfruchtbaren Kippen wieder so etwas wie Boden entsteht. Die Böden, die Sie abbaggern wollen, sind jedenfalls 12.000 Jahre alt – so lange ist die letzte Eiszeit vorbei, die alles hin und hergeschoben hat. Ich komme Ihnen jetzt mal ganz weit entgegen und setze hochoptimistisch nur 1.000 Jahre an. Dann vernichten Sie immer noch – das bitte ich festzuhalten – ein Ertragspotential von 1 Milliarde Euro. Was gewinnen Sie? Dem Planentwurf zufolge wollen Sie in Welzow-Süd II 200 Millionen Tonnen Braunkohle fördern. Die Tonne Rohbraunkohle, so nass wie sie aus der Erde kommt, kostet 5 Euro, und mit 200 Millionen mal 5 Euro haben wir wiederum ein Ertragspotential von 1 Milliarde Euro. (...) Können die Verfasser des Planentwurfs überhaupt rechnen? Dass sich das Ganze betriebswirtschaftlich rechnet für Vattenfall, stelle ich gar nicht in Frage. Aber bei einem Raumordnungsverfahren geht es doch hoffentlich um eine volkswirtschaftliche Betrachtung, oder sollte ich mich da irren?" Zitat Ende. Liebe Berufskollegen, auch in dieser Auseinandersetzung können wir nur Zeichen setzen, aber das tun wir ganz bewusst, denn an der Frage, ob neue Tagebaue möglich sind in unserem Land, wird sich der Erfolg der Energiewende entscheiden, und dazu haben wir als Bauern natürlich eine Meinung.

Apropos Meinung, der Geschäftsbericht wäre nicht vollständig ohne zwei Meinungsbeiträge, die Karsten und ich in den Potsdamer Neuesten Nachrichten unterbringen konnten. Dass es zweimal dasselbe Medium war, ist kein Zufall, denn die PNN haben die angenehme Eigenschaft, dass sie bei gesellschaftlich relevanten Themen gern begründete Positionen veröffentlichen und dafür auch den Platz bereitstellen, der nötig ist, um differenziert zu argumentieren. Karsten hat sich auf den ländlichen Raum gestürzt, die Überschrift "Wolfserwartungsland – aber bitte ohne Finanzamt" sagt eigentlich schon alles, im Kern geht es darum, dass wir in der brandenburgischen Infrastrukturpolitik Gleichberechtigung für die Dörfer verlangen, anderenfalls schlagen wir vor, das Finanzamt wegzurationalisieren. Ich habe mich – nachdem wir lange geschwiegen haben – in einem Interview zur Massentierhaltung geäußert, habe dafür erwartungsgemäß Prügel bezogen, aber ich möchte nochmal betonen: Ich habe in diesem Interview nicht der Massentierhaltung das Wort geredet, sondern nur die pauschale Kritik an moderner Tierhaltung als das bezeichnet, was sie ist, nämlich selbstgerecht und praxisfern. Wer genau liest, wird feststellen, dass ich sehr wohl den immer größeren Tierhaltungsanlagen kritisch gegenüber stehe, indem ich zum Beispiel vorschlage, die baurechtlichen Privilegien im Außenbereich abzuschaffen, aber dafür brauchen wir eine sachliche Diskussion, die man leider mit vielen dieser selbst ernannten Tierschützer nicht führen kann. Wir hatten das Thema im Vorstand und im Anschluss können wir natürlich auch darüber diskutieren.

Liebe Berufskollegen, das Jahr 2013 ist geprägt durch eine Niederlage, das hatte ich eingangs gesagt und daran ist nichts zu deuteln. Das müssen wir uns nicht vorwerfen, aber wir müssen es uns eingestehen. Wir waren zu schwach, um uns gegen die Lobby der Agrarkonzerne und ihre Helfershelfer in Bauernverband und Bundesregierung durchzusetzen, auch die Unterstützung von CDU und Grünen in Brandenburg, die wir zu schätzen wissen, hat nicht ausgereicht. Die Konsequenz daraus ist für mich ganz einfach: Wir müssen stärker werden. Jeder

von Euch kennt Berufskollegen, die noch nicht bei uns organisiert sind, und die er für den Bauernbund gewinnen kann. Wir haben unsere Mitgliederzahl in den vergangenen acht Jahren mehr als verdoppelt, aktueller Stand 374, aber es geht zu langsam vorwärts. Auch inhaltlich wäre es wichtig, voranzukommen. Ihr habt alle hoffentlich den Entwurf für unsere Positionen gelesen, den der Vorstand heute zur Diskussion stellen möchte. Dabei geht es nicht um dieses oder jenes Detail, wo wir in der jeweils aktuellen Agrarpolitik natürlich immer wieder kompromissbereit sein müssen, sondern es geht um die große Linie: Wo stehen wir, wo wollen wir hin, wie sehen wir unseren Beruf, unseren Berufsstand, und was für Rahmenbedingungen fordern wir für die Zukunftsbranche Landwirtschaft, damit sie sich gut entwickeln kann. Denn davon bin ich zutiefst überzeugt: Was gut ist für eine bäuerliche Landwirtschaft, ist auch gut für den ländlichen Raum und für unser ganzes Land!

Reinhard Jung